

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstein und J. B. v. Schweiber.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. sidd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Scharenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Die vorige Nummer des „Social-Demokrat“ ist nicht confiscirt worden.

Das Vereinsrecht in Preußen betreffend.

Allgemeine Arbeiter-Versammlung am Vormittag des 30. Juli zu Berlin, in der „Alhambra.“

Tief, tief in die Herzen der Arbeiter muß sich das Mißtrauen gegen das herrschende System gesenkt haben, daß diese Versammlung in der preussischen Hauptstadt möglich wurde.

Sie war bewegt und erregt wie ächte Volksversammlungen es immer sind in Zeiten, wo die Volksrechte für gefährdet erachtet werden.

Trog allen Unmuths aber, der in Tausenden von Herzen glühte, war die Haltung der Versammlung eine würdige und maßvolle. Und kein geringes Verdienst hierbei schreiben wir Herrn Dittmann zu, der als Vorsitzender eine treffliche Leitung entfaltete und als Redner innerhalb der eng gezogenen gesetzlichen Schranken so viel zu sagen wußte.

Doch gehen wir zum Berichte selbst über.

Schon lange vor Beginn der Versammlung war der ungeheure Saal der „Alhambra“ in allen Rängen gefüllt. Bei 2000 Arbeiter waren anwesend.

Um 11 1/2 Uhr eröffnete Herr Dittmann Namens des Comité's die Versammlung und forderte dieselbe auf, das Bureau, zunächst den Vorsitzenden, zu wählen. Zu letzterem Amte ward Herr Dittmann vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Ebenso wurden hierauf auf seinen Vorschlag das Bureau und das Comité, wie sie vor 8 Tagen aus der Wahl der Versammlung hervorgegangen waren, neu bestätigt.

Das Comité, nämlich, außer Herrn Dittmann, die Herren:

Beder (Allg. deutsch. Arb.-Verein), Lamotte (Berl. Arb.-V.), Regner (Altgefellen-V.), Richter (Berl. Arb.-V.), Koller, (Allg. deutsch. Arb.-V.), Schilling (Buchdrucker-Gehilfen-V.), Schweiber (Allg. deutsch. Arb.-V.), Stephany (Vorshädt. Handw.-V.)

nahmen hierauf mit Ausnahme des inzwischen ausgewiesenen und daher nicht anwesenden Bernh. Beder (Präsidenten des Allg. deutsch. Arb.-V.) die Säge auf dem erhöhten Podium ein und die Versammlung nahm ihren Anfang.

Zunächst erwähnte Herr Dittmann die Anwesenden zur Ruhe und Leidenschaftslosigkeit sowie zur Vermeidung alles dessen, was möglicher Weise eine Auflösung der Versammlung veranlassen könnte und verlas den betreffenden Paragraphen des Vereins-

gesetzes. Er hofft, das Rechtsgesühl werde der Zeitstern sein, Jeden den richtigen Weg finden zu lassen. (Bravo.)

Hierauf begannen die Verhandlungen mit folgender Ansprache des Herrn Dittmann:

Vors. Dittmann: M. H.! Nachdem ich in der vorigen, sowie in der heutigen Sitzung durch Ihr Vertrauen zum Vorsitzenden ernannt worden bin, fühle ich mich gedrungen, einen Gegenstand vorher noch zu berühren, von dem ich jedoch wünsche, daß er zu keiner Diskussion Anlaß geben möchte. (Hört!) Es ist die Mittheilung eines thatsächlichen Vorganges, der aber Sie alle insofern interessiert, als er mich persönlich betrifft, dem Sie in der vorigen und heutigen Sitzung Ihr Vertrauen geschenkt haben und der also gewissermaßen der Ausdruck der Versammlung sein soll; eine Angelegenheit die ich nicht erwähnen würde, wenn ich es nicht in meiner Eigenschaft als Vorsitzender dieser Versammlung für nöthig hielte. Es hat die Volkszeitung über die Arbeiterversammlung, die vor 8 Tagen stattfand, einen kurzen Bericht gebracht, worin in fünf Zeilen auch einer längeren Rede, die ich gehalten habe, gedacht ist. An diese 5 Zeilen knüpft die „Volksztg.“ eine längere Anmerkung und diese werde ich Ihnen verlesen als ein Zeugniß, wie persid man gegen uns vorgeht. Man will uns leider noch fortwährend auf einen Weg drängen, den wir nicht mehr Willens sind, zu beschreiten; man glaubt, daß wir noch vollständig in den Kinderschuhen ständen und nicht wüßten, was wir zu thun und zu lassen haben, indem man uns als Leiter dienen will. Die „Volksztg.“ sagt, indem sie von meinen Ausführungen nur in fünf Zeilen berichtet:

„Diese Ausführung scheint uns denn doch eine sehr bedenkliche Unklarheit zu zeigen, da der Unterschied der beiden Richtungen wesentlich darin liegt, daß die Anhänger von Schulze-Delisch die sociale Frage durch die eigene Anstrengung des Arbeiterstandes lösen wollen, und von dem Staate weiter nichts verlangen, als daß er sich in keiner Weise in die Regelung der Arbeit und ihrer Bezahlung einmische, während die Anhänger Lassalle's geradezu die Unterföhlung des Staates fordern, also dadurch, man mag die Sache beschönigen wie man will, den Arbeiter in eine gewisse Abhängigkeit von der jeweiligen Staatsgewalt setzen. Das ist ein politischer Unterschied zwischen den beiden Richtungen, und wenn wir auch nicht bestreiten wollen, daß in einzelnen Fällen beide Vereine ihr politisches Interesse auf gleiche Weise zu wahren für zweckmäßig halten können, so scheint uns doch ein unbedingtes Zusammengehen in politischen Fragen bei der zu Grunde liegenden Verschiedenheit der Auffassung des Verhältnisses der Arbeiter zum Staate nicht recht thunlich zu sein.“

M. H.! Das ist nicht richtig, da die Volkszeitung von Voraussetzungen ausgeht, die in der That nicht zutreffen. Ich habe lediglich meine Anerkennung ausgesprochen darüber, daß namentlich der Allg. deutsch. Arb.-Verein die Zerwürfnisse unter den Arbeitern aufhob, indem er uns die Hand bot in einer rein politischen Frage, also auf einem Felde, welches den Unterschied in Beurtheilung der socialen Frage überhaupt nicht berührt. Trotzdem nun, wie die „Volksztg.“ es getan, Zwietracht unter den Arbeitern anzupflegen, das ist im höchsten Maße verwerflich. Was immerhin in der socialen Frage die größte Meinungsverschiedenheit besteht, hier, wo es sich um das höchste politische Recht des Arbeiters handelt, um das Vereinsrecht, ist es die höchste Zeit, Tag

daß die Arbeiter zusammen geben, daß sie einig sind, wenn sie einen Eindruck bei den Behörden machen wollen. Wir Alle, Alle waren bereit, die Fortschrittspartei und die Abgeordneten zu unterstützen, soweit sie für die Freiheit des Volkes einzustehen bereit sind. In einem solchen Augenblicke Zwietracht zwischen uns sein wollen, — das nenne ich persid. (Lauter, lang anhaltender Beifall.)

M. H.! Hier handelt es sich überhaupt nicht um die Frage, ob das Schulze'sche, ob das Lassalle'sche System in der socialen Frage die Oberhand behalten werde; worum es sich hier handelt, das ist, daß wir, gemeinsam schreitend, Hand in Hand für unser, durch die Verfassung gewährleistetes Recht eintreten wollen. (Beifall.)

M. H.! Was uns hierhergeführt hat, wissen Sie. Specieell sind es die Vorgänge zu Köln; indessen sind diese doch nur der Anstoß, die bewegende Kraft geworden, die es uns für nöthig hat erscheinen lassen, unsere Stimme zu erheben in einem Falle, wo es sich um das Vereinsrecht handelt. Schon lange, m. H., ehe diese Kölner Geschichte passirte, hat man alle möglichen kleinen Formfehler und hundertlei, allerdings nicht mit dem Geetze conformen, Ausschreitungen benutzt, um da und dort eine Versammlung anzuführen; man hat jeden nur möglichen Anhaltspunkt zu benutzen gesucht, wo es sich um freisinnige Vereine handelte, sie in ihrer Thätigkeit zu beschränken. Aber, m. H., das schadet auch nichts, das kann von uns verlangt werden, daß wir uns in den gesetzlichen Schranken bewegen; ja, es muß von uns verlangt werden; denn je höher die Achtung vor dem Geetze in uns steigt, je öfter wir darauf aufmerksam gemacht werden, daß wir uns nicht innerhalb desselben bewegt haben, um so besser für uns, um so mehr werden wir die Wichtigkeit der Art der Gesetzgebung erkennen; um so mehr werden wir nur solche Männer an der Gesetzgebung sehen wollen, die uns wahrhaft volkstümliche Gesetze bringen. (Großer Beifall.) — Vor Allem aber, m. H., gleiches Maß und gleiches Gewicht für Alle im Staate! (Sehr richtig! Beifall.) Dies aber ist nicht der Fall, was sich durch hundert Beispiele beweisen läßt. Wir sehen den Handwerkerbund verzweigt durch den ganzen Staat, er hat seine Comité's, seine Ausfühler, seine Vereine, sie können ungehindert ihr Wesen treiben nach ihrem Belieben und es ist noch nie den Behörden eingefallen, irgend einen der Vereine aufzulösen, weil sie mit anderen in Verbindung stehen. Wir sehen die conservativen Vereine vollständig centralisirt über das ganze Land ausgebreitet, sie correspondiren mit einander, schicken sich ihre Beschlüsse und Anordnungen zu, und ich will wünschen, daß es fort und fort so sein möge, weil es zum wirklichen Leben der Vereine notwendig ist, daß sie von einander Kenntniß haben. Die Presse allein kann es nicht bewerkstelligen, es handelt sich hier um ein gemeinsames Beschlüssen. Nehmen wir fernere an, der Allgemeine deutsche Arbeiter-Verein faßte den Beschluß, mit allen möglichen Agitationen dahin zu wirken, daß Schleswig-Holstein Preußen einverleibt werde — ja, m. H., das würde ihm kein Mensch in Preußen verdenken, da würde man ihm nichts in den Weg legen. (Heiterkeit! Anhaltender Beifall.) Aber, m. H., denken Sie sich jetzt einen andern Fall: Der Allgemeine deutsche Arbeiter-Verein würde beschließen, wir wollen für die Freizügigkeit agitiren oder auch nur für das Recht, nicht ausgewiesen werden zu dürfen — (Bravo!) ja, was würde dazu die Regierung sagen? Nach den Erfahrungen dieser letzten

17) S
18) G
19) C
20) S
Vorj
wurde
(D)
Be
Auf ein
von Pr
gewidm
im Kö
Regime
zur S
verföhl
nen B
Verföhl
veröhl
sta
preu
zogt
nach
A
der
ist b
man
nab
und
Eise
Die
änder
richt
H
sam
ein i
dium
ter-V
veröhl
hier
W
rath
Erzher
demsel
Die
welch
wird a
In der
Einver
dem R
genüß
ten V
Deutsch
F
Der
An de
Hier ist
Sie sit
Im Kr
Klingt
Er
Berfent
Es ist
Von 9

Bereins aufgelöst worden) würde sie dies nicht billigen. Ist das einerlei Maß und Gewicht? Stärkt das die Gesehlichkeit, wenn man dem Einen verbietet, was man dem Andern erlaubt?

M. H. Als das unglückselige Attentat von Selesoge gegen den verstorbenen König ausgeführt wurde, da ist Hinkeldey nicht nur den politischen und sozialen Vereinen entgegengetreten, sondern auch den Kassenvereinen! Ich erinnere Sie an die bekannten Altersvorsorgungs- und Unterstützungskassen, die mit einem Male alle aufgelöst wurden, sobald sie einen nur einigermaßen freisinnigen Vorstand hatten, und welche Kasse hatte 1849 nicht einen freisinnigen Vorstand? (Beifall.) Es wurde alles aufgelöst damals. Sie sehen, daß das Vereinsrecht der Gewalt gegenüber nichts gilt; trotzdem befanden wir uns immer „auf gesetzlichem Boden.“ Die Polizei erklärte damals diese und jene Kassen, die nicht weiter gehen als Krankengelder ausgezahlt, Unterstützungen an Wittwen gegeben etc., und dergl. für aufgelöst; das Stadtgericht erklärte: es ist ungesetzlich, — sie traten wieder in Kraft. Wer aber konnte die Schäden repariren, die entstanden waren? Wer hatte die Kranken bewiesen unterstützt? Wo ist der Gerichtshof, an den ich mich wenden konnte und sagen: mir ist mein Interesse verlegt, ohne mein Verschulden bin ich jetzt hilflos und an den Bettelstab gebracht! Das sind die traurigen Folgen, welche eintreten, wenn die Gesetzesbestimmungen nicht für Alle in gleicher Weise aufrecht erhalten werden.

Wir haben uns nun berathen, in welcher möglichst gesetzlichen Form wir unsere Meinung zum Ausdruck bringen können, und es ist deshalb eine Resolution vorgelegt, die ich Ihnen zunächst im Zusammenhange vorlesen werde; dann mag zuerst eine allgemeine Diskussion entstehen. Später würden Sie über die einzelnen Punkte discutiren und dieselben annehmen resp. ablehnen.

Resolution.

1. Die Vereinsfreiheit ist für jeden Staatsbürger die unerlässliche Vorbedingung zu einer vernünftigen Ausübung seiner politischen Rechte;
2. Ohne die Vereinsfreiheit ist dem Arbeiter ein gesetzmäßiges Ringen nach der ihm gebührenden Stellung unmöglich;
3. Der Verfassungsstaat selbst beruht auf der Vereinsfreiheit; seine Gesetzgebung wird in Versammlungen berathen und durch Majoritäten entschieden;
4. Jede unnütze oder willkürliche Beschränkung der Vereinsfreiheit ruft das Uebel der geheimen Verbindungen hervor, gegen das erfahrungsgemäß die strengsten Maßregeln der Abwehr nicht wirken;
5. In Erwägung dessen erachten wir es für Pflicht eines jeden Arbeiters, daß er für das Vereinsrecht durch thatkräftigen und unerschrockenen Gebrauch desselben eintrete; und die Versammlung fordert hiermit die Staatsregierung auf, ihrer Pflicht gemäß energisch dafür Sorge zu tragen, daß die Behörden solche Maßnahmen, wie sie in Betreff des Kölner Festes vorgekommen und jetzt von den zuständigen Gerichten für rechtswidrig erklärt sind, in Zukunft unterlassen.

Langanhaltender, immer wieder von Neuem beginnender Beifall folgte der Verlesung dieser Resolution, deren letzten Theil der Vorsitzende mit schärfster Betonung vorgetragen hatte.

Nachdem endlich der Beifallsturm sich gelegt, wurde die Debatte eröffnet.

Hr. Angerstein: M. H.! Ich habe vor acht Tagen die Ehre gehabt, in einer andern Arbeiter-Versammlung, die zu demselben Zweck wie die unsrige zu Köln berufen war (vom Bevollmächtigten des Allg. deutsch. Arb.-Ver. eins) und zwar während des Abgeordnetenfestes. Ich habe dort in dem Gefühle des bittersten Schmerzes gesprochen und habe dort aufgefordert, nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß die große gewaltige Masse, die sich wie eine Lawine ins Land hineinwälzen kann, sich zusammenhebe, alle Unterschiede bei Seite lege und nur für eine wirken möge, für das Vereinsrecht; denn wenn wir es nicht haben, dann sind wir überhaupt nicht im Stande, uns vorwärts zu arbeiten. Noch gestern hatte ich Gelegenheit, mit Hrn. Sonnemann in Frankfurt zu sprechen und er sagte mir: „Lassen wir im Augenblick alle Unterschiede, reichen wir uns jetzt die Hand und sagen wir uns, daß wir in dieser Sache zusammengehen müssen.“*) und so bitte ich auch Sie, m. H., zusammen zu geben und mit allen Mitteln für die Wahrung des

Bereinsrechtes einzutreten. Ich bitte Sie, m. H., nehmen Sie die Resolution an. (Bravo!)

Hr. Müller: Ich ergreife das Wort, meine Herren, um Sie zu bitten, sich jede Diskussion zu ersparen. Die Resolution, die das Comité vorgeschlagen, und die durchaus keinen Mangel verbietet, ist der Meinung und Willensdruck des gesammten deutschen Arbeiterstandes! Es gilt einzutreten für Recht, für Verfassung, für Gemeinwohl und Bürgerthum, welchem Zwecke auch die Einzelne von Ihnen angehörend möge. (Bravo.) Jeder von Ihnen fühlte sich hierher gezogen, denn er sagte sich: „Es handelt sich um mein Recht!“ Zeigen wir dem ganzen deutschen Volke, daß wir unsere Schuldigkeit zu thun wissen.

Hr. Gröbe bekräftigt gleichfalls die Annahme der Resolution.

Die allgemeine Diskussion wird geschlossen und man geht zur Specialdiskussion über.

Der Vorsitzende verliest den Passus I. der Resolution; derselbe wird ohne Diskussion mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Ebenso die Passus II. und III. mit allen gegen eine Stimme. Zu Passus IV. erhält das Wort Herr Peiser. Da er aber nicht zur Sache spricht, sondern einen erst später zu behandelnden Punkt anregt, so entzieht ihm der Vorsitzende das Wort, ihm dasselbe für später vorbehaltend.

Hr. Klette will vom Plage aus sprechen. (Rufe: Auf die Tribüne! welcher Anfordernng der Redner nachkommt.) Er wünscht ad IV. den Schlusssatz in die Worte abzuändern: „welche erfahrungsmäßig der menschlichen Gesellschaft nur nachtheilig sind.“

Hr. Jäger will Absatz IV. gestrichen sehen, weil die Behörde von selbst wisse, was aus Aufhebung des Vereinsrechts entstehen könne. Nur Wenige stimmen für die Abänderungsvorschläge und es wird Passus IV. fast einstimmig angenommen.

Zu Passus V. erhält das Wort:

Hr. Böring: Den ersten Satz zu V. nehme ich an; dagegen kann ich in dem Vorgehen der Behörden in Köln durchaus keine Maßregel sehen, welche uns Arbeiter schmerzlich berührt. (Oh! Oh! Bewegung. Lärm. Zuruf des Vorsitzenden nach Ruhe.) Nach meiner individuellen Meinung war das Abgeordnetenfest in Köln weniger eine Versammlung als ein Zusammenkommen derjenigen Herren, welche in fünf Monaten des laufenden Jahres auf dem Dönhofsfest — (Stürmische Unruhe. Längere Unterbrechung. Der Redner spricht inmitten des Lärms fort. Der Lärm nimmt zu.)

Vors. Dittmann: Ich muß den Redner unterbrechen. Ich beziehe mich auf den Polizeipräsidenten; er hat auf Grund des §. 8 etc. des Fest und die Fahrt auf dem Rhein verboten; dagegen wird der Redner nicht aufkommen können. (Große Unruhe.) Lassen wir uns durch diesen Zwischenfall nicht stören, meine Herren. Wir können nicht zugeben, daß Jemand Thatsachen in Abrede stelle; es wäre ja unmöglich gewesen, daß die beiden rheinischen Gerichtshöfe zu Köln in die Lage hätten kommen können, über das Benehmen des Polizeipräsidenten in satzgebender Weise zu befinden, wenn das Vereinsrecht nicht im Spiel wäre. Wenn der Vorredner hier Thatsachen angreift und von einem „Klub auf dem Dönhofsfest“*) spricht, so ist das etwas, was sich nicht geizigt und ich kann den Versuch, das Abgeordnetenhaus zu beleidigen, nicht zulassen. (Beifall.)

Hr. Peiser findet die Resolution nicht ausreichend; sie müsse, meint er, dahin gerichtet werden, daß die Behörden für ihre Handlungen strafrechtlich verantwortlich zu machen seien.

Vors. Dittmann: Der Redner kennt den §. 315 des Strafgesetzbuchs nicht; es heißt daselbst: „Beamte, welche Jemand zur Unterlassung einer gesetzlichen Handlung zwingen, werden mit Gefängniß nicht unter einem Monat bestraft.“ Ob sich aber für solche Fälle ein Procurator findet, der eine Anklage erhebt, oder ein Minister, der den Auftrag dazu ertheilt, das ist freilich die Frage. Aber, m. H., hierfür zu sorgen, das ist es ja, was mit darin liegt, wenn wir sagen: die Staatsregierung soll ihrer Pflicht gemäß energisch dafür Sorge tragen, daß solche Dinge wie die zu Köln in Zukunft unterbleiben.

Peiser zieht seinen Antrag zurück und es wird jetzt der Passus IV. mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Man schreitet nunmehr nach Annahme der einzelnen Punkte zur Abstimmung über die Gesamtsresolution. Dieselbe wird einstimmig angenommen.

Vors. Dittmann. M. H. Es ist gesagt worden und zwar mit Recht: Welchen Erfolg haben Resolutionen?

Aber m. H., es ist doch ein Unterschied, von wem so eine Resolution ausgeht (Hr. Beifall); es ist eine gewisse Thätigkeit, wenn die Arbeiter, in Masse versammelt, eine solche Resolutionen annehmen und zugleich beschließen, daß sie veröffentlicht werden soll. Es liegt darin die Garantie, daß die Versammlung auch in der That die Resolutionen ausführen werde, indem Sie alle als Vertreter des gesammten Arbeiterstandes innerhalb Ihrer Geschäftskörpers darauf hinarbeiten werden, daß das, was Sie beschlossen haben, eine That werde. Insofern hat unsere Resolution doch ein anderes Gewicht, als wenn irgend ein „Bezirksverein“ etwas Klägliches zu Tage fördert. Denn, m. H., wir werden uns nicht zurückschrecken lassen, wenn man uns unser Recht nehmen will. (Donnernd, lang anhaltender Beifall.)

Und ferner, m. H., ist die Sache mit dieser Resolution noch nicht zu Ende; wir werden uns von jetzt ab als Wächter des Gesetzes hinstellen, (anhaltender Beifall) wir werden so gut wie alle andern Staatsbürger bemüht sein, immer mehr und mehr die Gesetze zu verstärken, wir werden darüber wachen, daß die Gesetze auch wirklich erfüllt werden gegen Jedermann im Staate, wer er auch sei. (Bravo!) Zu diesem Zwecke schlage ich Ihnen vor, daß Sie dem Comité oder mir das Recht geben, Sie in geeigneten Fällen zusammenzurufen, und wir werden dann in jedem Augenblicke im Stande sein, unser Recht zu wahren.

Hr. Meyner. In der Hauptsache einverstanden, bin ich dafür, daß diese Angelegenheit nicht einer einzelnen Person, sondern einem Comité übertragen werde. Man sagte mir, dieses Comité würde aufgelöst werden. Nun, m. H., lassen Sie dies an uns herantreten, es würde dadurch nur ein neuer Gewaltakt constatirt werden. Der Einzelne wird dann doch seine Schuldigkeit zu thun wissen.

Hr. Müller erklärt sich gegen ein Comité, weil es schwieriger sei, in dringenden Fällen ein solches erforderlichen Falls schnell genug zusammen zu berufen.

Vors. Dittmann fordert auf, sich weiter über diesen Punkt auszusprechen.

Siekle meint, eine Versammlung zu berufen, sei Jeder berechtigt. Dazu bedürfte es keines Auftrages.

Schilling für ein Comité.

Röder beschließen.

Es wird Schluß beantragt und angenommen.

Jedoch beschließt die Versammlung die drei schon eingeschriebenen Redner (Niemann, Schweitzer und Lamotte) noch zu hören.

Niemann spricht für die Wahl eines Comité's.

Schweitzer: Es ist gesagt worden, Jeder habe das Recht, Versammlungen zu berufen. Das ist freilich richtig. Allein, meine Herren, wenn Sie einen einzelnen Mann oder ein Comité ausdrücklich beauftragen, in geeigneten Fällen Sie zusammenzuberufen, so hat die ergebende Einladung selbst schon eine erhöhte Bedeutung, weil sie im Namen der ganzen Berliner Arbeiterschaft geschieht.

(Im Weiteren spricht Redner für die Wahl eines Comité's.)

Lamotte schließt sich dem Vorredner an.

Man schreitet hierauf zur Abstimmung, die Versammlung erklärt durch fast einstimmige Annahme:

1. Daß sie für nöthig hält, Vorzüge zu treffen, daß jeden Augenblick die Arbeiter Berlins zusammenzuberufen werden können.
2. Daß sie zu diesem Zwecke ein Comité einsetzen will.

Hierauf wird das bestehende Comité zu diesen Zwecken bestätigt, also damit beauftragt, in allen geeigneten Fällen die Arbeiter Berlins zu einer Massenversammlung zusammenzuberufen.

Vors. Dittmann erklärt diese Sache für erledigt und ertheilt das Wort zu einem selbstständigen Antrag Herrn

Schilling: Ich komme zu einer anderen Angelegenheit. Es ist in den letzten Tagen etwas geschehen, was seit langer Zeit nicht dagewesen ist. M. H.! Nach der Stimmung, die hier in der heutigen Versammlung herrscht und die ich mit Freuden begrüße, stelle ich folgenden Antrag:

„Die Versammlung erklärt ihr tiefstes Bedauern über die an die Zeiten der ärgsten Reaction erinnernden Ausweisungen aus politischen Gründen, und erwartet von den Factoren der Gesetzgebung, daß sie die bezüglichlichen, in einem einigermaßen freien Staate schlechterdings unzulässigen Gesetze schnellstens beseitigen.“

M. H.! Man hat in neuerer Zeit Gesetze herangezogen, von denen man eigentlich gar nichts mehr wußte. Ich erinnere Sie vor allen Dingen an die Ausweisung Wilh. Kiehlrechts, der sich seit mehreren Jahren hier aufhielt. Er wurde plötzlich ausgewiesen aus „allgemein politischen Gründen.“ M. H.! Sie Alle werden wissen,

*) Ein dahier eingegangener Brief des Hrn. Sonnemann besagt das Gegentheil, indem er die Anhänger Schulze's vor einem Zusammenwirken mit den Anhängern Vassalle's warnt.

*) Ob der Redner diese Worte wirklich gebraucht, war bei dem großen Lärm nicht zu ermitteln. Jedemfalls legte er keinen Einspruch ein, als der Vorsitzende sie ihm zuhieß.